



Kommissionsdrucksache 21(27)51
vom 8. Oktober 2026

Schriftliche Stellungnahme

des Sachverständigen

Wendelin Haag

Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendring

Öffentliche Anhörung

„Bildungssysteme und die junge Generation“

zur öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission *Aufarbeitung der Corona-Pandemie und Lehren für zukünftige pandemische Ereignisse* zum Thema „Bildungssystem und die junge Generation“ am 12. Oktober 2026

1. Bildung ist mehr als Schule

Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) versteht Bildung als einen umfassenden Prozess, der über schulische und andere formale Bildungszusammenhänge deutlich hinausgeht. Ein wesentlicher Teil dieses Prozesses vollzieht sich in außerschulischen Bildungsräumen, wie sie sich insbesondere in der Kinder- und Jugendarbeit finden lässt. Kennzeichnend für Jugendverbände als unverzichtbarer Teil außerschulischer Bildung ist, dass junge Menschen hier freiwillig und selbstorganisiert zusammenkommen, eigenen Interessen nachgehen, Verantwortung übernehmen und gemeinsame Vorhaben gestalten. Diese Räume sind nicht auf vorgegebene Lernziele oder unmittelbare Verwertbarkeit ausgerichtet. Gerade ihre Offenheit, Freiwilligkeit und Selbstbestimmung ermöglichen Bildungsprozesse, in denen junge Menschen Wissen und Fähigkeiten erwerben, eigene Positionen entwickeln, unterschiedliche Perspektiven kennenlernen und lernen, Entscheidungen gemeinsam auszuhandeln und Verantwortung zu tragen. Junge Menschen erfahren, erlernen und gestalten in der außerschulischen Jugendbildungsarbeit Demokratie und Gesellschaft mit. Sie werden in der Jugendverbandsarbeit dazu ermutigt und ermächtigt, dies vor dem Hintergrund ihrer eigenen Fähigkeiten selbstbestimmt und mit Gleichaltrigen gemeinsam zu tun.

2. Verengter Bildungsdiskurs während der Corona-Pandemie¹

Während der verschiedenen Lockdowns wurden junge Menschen in der öffentlichen und bildungspolitischen Debatte überwiegend in ihren Rollen als Schüler*innen, Auszubildende und Studierende adressiert und regelmäßig darauf reduziert. Diese Verengung spiegelt sich auch in den Ergebnissen der bundesweiten JuCo-Befragung wider: Viele der befragten jungen Menschen beschrieben, dass ihre Situation vor allem über Schule, Studium und Bildungsabschlüsse wahrgenommen wurde, während zugleich wesentliche Teile ihres außerschulischen Alltags wegbrachen.²

Diese Schwerpunktsetzung zeigte sich auch in politischen Entscheidungen während der Pandemie. Bund und Länder räumten dem Betrieb von Schulen und Kindertageseinrichtungen spät, aber immerhin, wiederholt eine besondere Priorität ein. So sollten Schulen und Kitas im Herbst 2020 trotz weitreichender Schließungen anderer gesellschaftlicher Bereiche möglichst geöffnet bleiben³; bei den Lockerungen Anfang 2021 wurden insbesondere Grundschulen und Einrichtungen der Kindertagesbetreuung priorisiert⁴. Auch die bundesrechtlichen Regelungen der sogenannten Bundesnotbremse behandelten den Schulbetrieb mit eigenen Schwellenwerten, Testpflichten

¹ Siehe auch: Stellungnahme des Deutschen Bundesjugendrings zur Corona-Aufarbeitung mit Fokus auf Kinder und Jugendliche: „Folgen für Bildung, psychische Gesundheit und Teilhabe – Was braucht die Generation nach der Pandemie?“, 21.04.2026: https://www.dbjr.de/fileadmin/user_upload/260422_Stellungnahme_Kinderkommission_Haag_DBJR.pdf

² Vgl. Andresen, Sabine/Lips, Anna/Möller, Renate/Rusack, Tanja/Schröer, Wolfgang/Thomas, Severine/Wilmes, Johanna (2020): Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo, Universitätsverlag Hildesheim, insb. S. 4, 6–8 und 12. DOI: 10.18442/120.

³ Vgl. Bundesregierung (2020): Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie vor dem Deutschen Bundestag am 29. Oktober 2020, Bulletin der Bundesregierung Nr. 114-1 vom 29.10.2020, S. 2–3. Online verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975954/1806170/7a4022b4a551ce4dc212589d4c713d05/114-1-bkin-reg-erkl-covid-pandemie-data.pdf>.

⁴ Vgl. Bundesregierung (2021): Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie vor dem Deutschen Bundestag am 11. Februar 2021 in Berlin, Bulletin der Bundesregierung Nr. 20-1 vom 11.02.2021. Online verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/regierungserklaerung-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel-1853886>

und Ausnahmeregelungen⁵. Für Jugendverbandsarbeit und andere außerschulische Bildungsangebote gab es demgegenüber keine vergleichbar ausdifferenzierte Öffnungs- und Sicherungslogik.

Diese Priorisierung war allerdings relativ: Auch Schulen und andere formale Bildungsorte waren über längere Zeit erheblichen Einschränkungen unterworfen und wurden zeitweise auf Distanzunterricht und Notbetreuung verwiesen, während Teile der Erwerbsarbeit weiterhin in Präsenz stattfinden konnten. Junge Menschen und ihre Bedürfnisse hatten in politischen Abwägungen damit keineswegs grundsätzlich Vorrang. Wenn ihre Lebensrealität berücksichtigt wurde, geschah dies jedoch besonders häufig mit Blick auf formale Bildung und Betreuung. Jugendverbandsarbeit, selbstorganisierte Freizeit und andere außerschulische Bildungsräume erhielten demgegenüber deutlich weniger Aufmerksamkeit. Das zeigte sich etwa daran, dass für sie keine vergleichbar ausdifferenzierte Öffnungs- und Sicherungslogik bestand und umfangreiche Programme zur Sicherung schulischer Infrastruktur, Digitalisierung und zum Aufholen von Lernrückständen früher und systematischer aufgesetzt wurden. Das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ markierte insofern einen wichtigen Perspektivwechsel, weil ausdrücklich auch außerschulische Angebote berücksichtigt wurden. Das Programmendete gleichzeitig noch vor dem Ende der Pandemie im Jahr 2022. Von einem Aufholen nach Corona konnte insofern nicht die Rede sein.

3. Auswirkungen der Pandemie auf die außerschulische Bildungsinfrastruktur

Wie tiefgreifend die Corona-Pandemie in die Arbeitsfähigkeit und Kontinuität von Jugendverbänden eingegriffen hat, zeigen die jüngst veröffentlichten Ergebnisse eines Forschungsprojekts zum ehrenamtlichen Engagement junger Menschen in Jugendverbänden nach Corona.⁶ Die befragten ehrenamtlichen Jugendleiter*innen berichten von längerfristigen Unterbrechungen regelmäßiger Gruppenangebote, Freizeiten, Ausflüge und Qualifizierungsformate. Wo Angebote aufrechterhalten werden konnten, mussten sie fortlaufend an wechselnde Infektionsschutzvorgaben angepasst werden. Hygieneregeln, Abstandsgebote und Maskenpflicht veränderten dabei nicht nur die organisatorischen Rahmenbedingungen, sondern auch die konkrete Gestaltung der Angebote. Teilweise wurden Gruppenstunden ins Freie verlagert, um Begegnungen überhaupt weiterhin zu ermöglichen. Viele Jugendverbände reagierten mit digitalen Formaten, um Kontakte zu Teilnehmenden und Ehrenamtlichen aufrechtzuerhalten. Diese ermöglichten unter eingeschränkten Bedingungen Kontinuität, konnten zentrale Elemente der Jugendverbandsarbeit jedoch nur teilweise ersetzen.

Besonders deutlich zeigen sich die längerfristigen Folgen bei den ehrenamtlichen Strukturen. Die Ergebnisse des Forschungsprojekts verweisen auf unterbrochene Engagementverläufe, den Verlust erfahrener Ehrenamtlicher und erschwerte Übergänge in neue Verantwortungsrollen. Zugleich gingen die Teilnehmendenzahlen bei Qualifizierungsangeboten wie Schulungen zum Erwerb einer Jugendleiter*innencard (Juleica) zeitweise deutlich zurück.⁷ Teilweise standen jungen Menschen nach der Pandemie aufgrund nachzuholender schulischer Anforderungen weniger zeitliche Ressourcen für regelmäßiges Engagement zur Verfügung. Damit waren nicht nur einzelne Aktivitäten betroffen, sondern auch die Gewinnung, Qualifizierung und Weitergabe von Verantwortung und Erfahrungswissen an nachfolgende Generationen von Ehrenamtlichen. Mit der Rückkehr zu regelmäßigen Präsenzangeboten setzte in Teilen der untersuchten Verbände zwar eine Erholung ein; die Befunde zeigen jedoch, dass die Pandemie bestehende Kontinuitäten der Jugendverbandsarbeit nachhaltig gestört hat. Dies gilt in verstärktem Maße für die internationale Jugendarbeit, die auf langjährigen Partnerschaften und mehrjährigen Bildungsprozessen beruht.

⁵ Vgl. Viertes Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite vom 22. April 2021, BGBl. I 2021, S. 802–807, hier § 28b Abs. 3 IfSG, S. 804 f.

⁶ Voigts, Gunda/Gotzmann, Sureija/Reifegerst, Maja (2026): *Ehrenamtliches Engagement junger Menschen in Jugendverbänden. Ein Praxisforschungsprojekt zur Zukunft von Jugendverbandsarbeit nach Corona*, Weinheim: Beltz Juventa. DOI: 10.3262/978-3-7799-9261-5.

⁷ Vgl. <https://juleica.de/statistik>

Eine zentrale Lehre daraus ist, die Infrastruktur außerschulischer Bildung nicht erst in der Krise abzusichern. Jugendverbände brauchen eine verlässliche und auskömmliche Regelförderung, die hauptamtliche Strukturen, ehrenamtliches Engagement und kontinuierliche Bildungsarbeit dauerhaft trägt. Für die bundeszentralen Strukturen ist der Kinder- und Jugendplan des Bundes das zentrale Förderinstrument. Er muss so ausgestattet sein, dass Strukturen auskömmlich finanziert und Kostenentwicklungen verlässlich abgebildet werden. Für das Haushaltsjahr 2027 bedeutet dies, wie im Koalitionsvertrag zugesagt, die Förderung für Jugendverbände zunächst um 10 Prozent zu erhöhen und anschließend per Dynamisierung dem Preisindex anzupassen. Nur auf dieser Grundlage können Jugendverbände auch in Krisen flexibel und professionell reagieren. Ergänzende Krisenhilfen und Sonderprogramme können akute Belastungen abfedern, eine tragfähige Regelförderung jedoch nicht ersetzen.

Zur außerschulischen Bildungsinfrastruktur gehören ebenso Jugendbildungsstätten sowie gemeinnützige Übernachtungs- und Freizeitstätten. Bereits vor der Pandemie war ihr Bestand rückläufig und vielfach durch Investitionsstau belastet. Der 17. Kinder- und Jugendbericht dokumentiert diesen Abbau: Die Zahl der Jugendtagungs- und Bildungsstätten sank von 253 im Jahr 2006 auf 200 im Jahr 2020.⁸ Die Pandemie verschärfte diese Entwicklung zusätzlich, weil durch den Ausfall von Bildungsmaßnahmen, Freizeiten und Übernachtungen zentrale Einnahmen wegbrachen, während Fix- und Betriebskosten fortbestanden. Das „Sonderprogramm Kinder- und Jugendbildung, Kinder- und Jugendarbeit“ war deshalb wichtig, um akute Existenzgefährdungen abzufedern; es konnte jedoch weder den bereits bestehenden Investitionsbedarf beheben noch die strukturelle Sicherung der Einrichtungen ersetzen. Umso bedauerlicher, dass an dieser Stelle beide seither geschlossenen Koalitionsverträge zwar entsprechende Zusagen enthielten, deren Umsetzung aber weiter auf sich warten lassen. Insofern bleibt ein langfristiger Handlungsauftrag. Außerschulische Bildungsinfrastruktur braucht neben einer verlässlichen Regelförderung eine dauerhafte Investitionsstrategie. Der DBJR fordert deshalb seit langem ein eigenständiges Bundesinvestitionsprogramm für Jugendbildungsstätten sowie gemeinnützige Übernachtungs- und Freizeitstätten. Dieses muss so ausgestaltet sein, dass die Einrichtungen den bestehenden Investitionsstau abbauen und zugleich den Anforderungen an energetische Sanierung, Barrierefreiheit, Digitalisierung und zeitgemäße pädagogische Räume gerecht werden können. Dafür braucht es eine langfristige Zuschussförderung mit möglichst geringen Eigenanteilen.

4. Auswirkungen auf junge Menschen

Auch mit Blick auf die jungen Menschen selbst zeigen die Ergebnisse des Forschungsprojekts „Ehrenamtliches Engagement junger Menschen in Jugendverbänden“⁹, dass die Folgen der Pandemie über die Phase der unmittelbaren Kontaktbeschränkungen hinausreichten. Beschrieben werden Veränderungen im Sozial- und Teilnahmeverhalten, die auch nach der Wiederaufnahme regulärer Angebote sichtbar waren. Dazu zählen eine geringere Aufmerksamkeitsspanne, stärkere Zurückgezogenheit, Schwierigkeiten in der Interaktion mit Gleichaltrigen sowie Veränderungen im Verhalten in Gruppen- und Freizeitsituationen. Teilweise benötigten Gruppen länger, um zueinanderzufinden; zugleich wurde von stärkerem Heimweh, geringerem Interesse an gemeinsamen Aktivitäten und vereinzelt auch aggressiverem oder feindseligerem Verhalten berichtet.

Die Befunde machen zugleich deutlich, dass die Auswirkungen der Pandemie sozial ungleich verteilt waren. Besonders belastend waren die Einschränkungen demnach für junge Menschen, die unter beengten Wohnverhältnissen lebten oder nur eingeschränkte Möglichkeiten für Bewegung, Rückzug und soziale Kontakte hatten. Die Pandemie traf damit auf bereits unterschiedliche materielle und soziale Ausgangsbedingungen und verschärfte Unterschiede in den Möglichkeiten, mit den Einschränkungen umzugehen. Hinzu kamen nach

⁸ Vgl. Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) (2024): 17. Kinder- und Jugendbericht, Berlin. Online verfügbar unter: <https://www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/244626/b3ed585b0cab1ce86b3c711d1297db7c/17-kinder-und-jugendbericht-data.pdf>

⁹ Erneut Voigts, Gunda/Goetzmann, Sureija/Reifegerst, Maja (2026): *Ehrenamtliches Engagement junger Menschen in Jugendverbänden. Ein Praxisforschungsprojekt zur Zukunft von Jugendverbandsarbeit nach Corona*, Weinheim: Beltz Juventa. DOI: 10.3262/978-3-7799-9261-5.

Einschätzung der Befragten ein erhöhter Medienkonsum und schulischer Nachholbedarf, der auch nach dem Ende der akuten Einschränkungen Zeit band und sich auf Freizeit und Engagement auswirkte.

Die Ergebnisse des Forschungsprojekts ergänzen die breitere Forschung zu den sozialen Folgen der Pandemie um eine spezifische Perspektive aus der Jugendverbandsarbeit. Untersuchungen des Deutschen Jugendinstituts¹⁰ und die JuCo-Studien¹¹ zeigen, dass Peerbeziehungen, außerfamiliäre Kontakte und selbstbestimmte Freizeit während der Pandemie erheblich eingeschränkt waren und Belastungen über das Ende der unmittelbaren Schutzmaßnahmen hinaus fortwirkten.

Für die Aufarbeitung folgt daraus, die Pandemiefolgen nicht allein anhand kurzfristiger Belastungen oder schulischer Leistungsentwicklung zu bewerten. Künftige Krisenmaßnahmen müssen stärker berücksichtigen, welche Auswirkungen länger andauernde Einschränkungen sozialer Kontakte und selbstbestimmter Alltagsgestaltung auf das Aufwachsen junger Menschen haben. Dabei sind unterschiedliche soziale und materielle Ausgangsbedingungen ebenso zu berücksichtigen wie die besonderen Anforderungen biografischer Übergangsphasen.

Nach Krisen braucht es zudem Zeit und Räume für soziale Erholung. Politische Nachsorge darf sich nicht darauf beschränken, versäumte Unterrichtsinhalte möglichst schnell nachzuholen. Im Gegenteil: Wenn schulische Kompensation zusätzliche Zeit bindet und damit erneut Freizeit, Engagement und soziale Kontakte verdrängt, können sich Belastungen fortsetzen. Maßnahmen zur Aufarbeitung müssen deshalb schulische Anforderungen, Erholung, soziale Beziehungen und selbstbestimmte Zeit stärker zusammen denken.

Die COVID-19-Pandemie hatte und hat psychischen Auswirkungen auf junge Menschen, die durch zahlreiche Studien belegt sind. Die Copsy-Studie verdeutlicht, dass die Lebensqualität der Jugendlichen zu Beginn der Pandemie 2020 erheblich sank, sich jedoch in den Jahren 2022 und 2023 wieder erholte. Trotz dieser Erholung berichten nach wie vor 22 % der jungen Menschen von einer verminderten Lebensqualität, was etwa sieben Prozentpunkte über dem Niveau vor der Pandemie liegt. Auch das Gefühl der Einsamkeit, das während der Pandemie bei 39 % der Befragten lag, hat sich zwar auf 18 % reduziert, erreicht jedoch noch immer nicht das präpandemische Niveau von 14 %.¹² Die Zahlen unterstreichen die Notwendigkeit politischer Maßnahmen zur Stärkung der mentalen Gesundheit junger Menschen und gegen Einsamkeit. Der Bundesjugendring begrüßt, dass der Koalitionsvertrag der 21. Legislaturperiode die Erarbeitung einer Strategie zur Stärkung der mentalen Gesundheit junger Menschen sowie Maßnahmen zur Einsamkeitsbekämpfung vorsieht. Der Bundesjugendring fordert, dass junge Menschen und ihre Interessenvertretungen systematisch in die Entwicklung politischer Strategien zur Förderung der mentalen Gesundheit und der Bekämpfung von Einsamkeit einbezogen werden. Politische Maßnahmen sollten insbesondere darauf ausgerichtet sein, Gesundheits- und Jugendpolitik enger miteinander zu verzahnen, die psychotherapeutische Versorgung für junge Menschen nachhaltig zu verbessern und bestehende Strukturen wie die Jugendverbandsarbeit zu stärken. Diese haben sich als wesentlich für die Förderung der Resilienz junger Menschen und die Prävention von Einsamkeit erwiesen. Entsprechende Haushaltsmittel für eine politische Strategie zur Förderung der mentalen Gesundheit dürfen keinesfalls zulasten der freien Träger gehen, welche vor, nach und während der Pandemie wichtige Angebote der Prävention von psychischen Erkrankungen junger Menschen machen.

¹⁰ Vgl. Walper, Sabine/Reim, Julia/Schunke, Annika/Berngruber, Anne/Alt, Philipp (2021): *Die Situation Jugendlicher in der Corona-Krise. Kurzbericht*, München: Deutsches Jugendinstitut. Online verfügbar unter: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2021/2021-05-21_Walper%20et%20al_2021_Die%20Situation%20Jugendlicher%20in%20der%20Coronakrise_1205%20%28003%29.pdf.

¹¹ Vgl. Andresen, Sabine/Lips, Anna/Möller, Renate/Rusack, Tanja/Schröer, Wolfgang/Thomas, Severine/Wilmes, Johanna (2020): *Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo*, Hildesheim: Universitätsverlag Hildesheim. DOI: 10.18442/120; Andresen, Sabine/Heyer, Lea/Lips, Anna/Rusack, Tanja/Schröer, Wolfgang/Thomas, Severine/Wilmes, Johanna (2020): *„Die Corona-Pandemie hat mir wertvolle Zeit genommen“. Jugendalltag 2020*, Hildesheim: Universitätsverlag Hildesheim. DOI: 10.18442/163.

¹² https://www.uke.de/allgemein/presse/pressemitteilungen/detailseite_174656.html

5. Übergreifende bildungspolitische Lehren für zukünftige Krisen

Für die weitere Aufarbeitung der Corona-Pandemie ist es aus Sicht des DBJR entscheidend, die Bildungsfolgen über Schule und formale Bildungswege hinaus in den Blick zu nehmen. Während schulische Lernrückstände intensiv untersucht und diskutiert wurden, ist deutlich weniger darüber bekannt, welche Bildungsprozesse durch den Wegfall außerschulischer Bildungsarbeit, wie sie in Jugendverbänden stattfindet, unterbrochen wurden.

Hier braucht es eine breitere Wissensbasis. Außerschulische Bildung sollte in der Begleit- und Folgenforschung zu Krisen als eigener Forschungsbereich berücksichtigt werden. Während die Folgen von Schulschließungen für Lernleistungen vergleichsweise gut untersucht sind, fehlt es weiterhin an belastbaren Erkenntnissen zu den längerfristigen Auswirkungen unterbrochener non-formaler Bildungsprozesse auf Engagement, soziale Lernprozesse und selbstorganisierte Strukturen. Forschungsprojekte wie die in dieser Stellungnahme herangezogene Untersuchung zum ehrenamtlichen Engagement junger Menschen in Jugendverbänden nach Corona zeigen, welchen zusätzlichen Erkenntnisgewinn eine solche Forschungsperspektive bietet.

Ebenso müssen junge Menschen und ihre Selbstorganisationen frühzeitig in Krisenentscheidungen einbezogen werden. Welche Einschränkungen Bildungsprozesse tatsächlich beeinträchtigen, welche Alternativen tragfähig sind und welche Unterstützungsbedarfe entstehen, lässt sich nicht allein aus institutioneller Perspektive beurteilen. Ihre Erfahrungen müssen deshalb bereits in die Entwicklung, Überprüfung und Anpassung von Maßnahmen einfließen.

Dabei darf Beteiligung nicht auf punktuelle Anhörungen oder die Abfrage individueller Meinungen reduziert werden. Wirksame Jugendbeteiligung braucht transparente und verbindliche Verfahren, in denen nachvollziehbar ist, wie junge Menschen Einfluss nehmen können und wie mit ihren Positionen weitergearbeitet wird. Sie sollte an bestehenden demokratischen Selbstorganisationen junger Menschen ansetzen und insbesondere Jugendverbände und -ringe als legitimierte Interessenvertretungen einbeziehen. Ihre Vertreter*innen bringen nicht ausschließlich persönliche Perspektiven ein, sondern rückgekoppelte und demokratisch ausgehandelte Positionen. Gerade in Krisensituationen trägt dies dazu bei, unterschiedliche Erfahrungen junger Menschen zu bündeln, Entscheidungen kontinuierlich an ihrer Lebensrealität zu überprüfen und Beteiligung über einzelne Gesprächsanlässe hinaus abzusichern. Dazu gehören auch verlässliche Rückmeldungen darüber, welche Vorschläge aufgegriffen wurden, welche nicht und aus welchen Gründen.

Darüber hinaus sollte der Bund bei weitreichenden Krisenmaßnahmen systematisch prüfen, welche Folgen diese für unterschiedliche Bildungsräume junger Menschen haben. Eine Bildungsfolgenabschätzung müsste neben Schule und Ausbildung ausdrücklich auch außerschulische Bildungsangebote und selbstorganisierte Bildungsräume erfassen.

Deutscher Bundesjugendring, 08.10.2026